

## // Im Blickpunkt

Der Referentenentwurf eines Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) ist nach wie vor in der Diskussion. An den Gesetzgeber wurden zahlreiche Änderungsvorschläge herangetragen, die derzeit ausgewertet werden. *Kersting* regt in seinem aktuellen Beitrag an, auch die im Einzelnen dargelegten handels- und gesellschaftsrechtlichen Probleme, die aus der Befreiung kleiner Einzelkaufleute und Personengesellschaften von der Befreiung der Buchführungs- und Bilanzierungspflicht resultieren, nochmals zu überdenken. Die im „Betriebs-Berater“ zum BilMoG erschienen Beiträge sind in dem gleichnamigen Themendossier unter [www.betriebs-berater.de](http://www.betriebs-berater.de) abrufbar.

Dr. Martina Koster, Ressortleiterin Wirtschaftsrecht



## // Standpunkt



von **Dr. Georg Weidenbach**,  
RA, Latham & Watkins LLP,  
Frankfurt a. M.

### EG-Kommission legt Weißbuch für kartellrechtliche Schadensersatzklagen vor

Auf ihrem Weg zu einem europaweit harmonisierten System für kartellrechtliche Schadensersatzklagen hat die Europäische Kommission am 2.4.2008 ihr Weißbuch „Schadensersatzklagen wegen Verletzung des EG-Wettbewerbsrechts“ vorgelegt (siehe <http://ec.europa.eu/comm/competition/antitrust/actionsdamages/documents.html>).

Die Kommission verfolgt das Ziel, dass „alle Bürger und Unternehmen, die aufgrund einer Zuwiderhandlung gegen die EG-Wettbewerbsvorschriften (...) einen Schaden erleiden, (...) vom Rechtsverletzer Schadensersatz fordern können“. Nach Ansicht der Kommission werden derzeit jährlich mehrere Milliarden Euro an Schadensersatzansprüchen nicht geltend gemacht oder nicht zugesprochen. Die dafür angeblich verantwortlichen hohen Hürden der nationalen Rechtssysteme möchte die Kommission mit den im Weißbuch enthaltenen Vorschlägen beseitigen. Konkret geht es unter anderem um Sammelklagen, Zugang der Geschädigten zu Beweismitteln, erleichterte Schadensberechnung und Begünstigung von Klägern bei den Gerichtskosten. Verglichen mit dem im Dezember 2005 vorgelegten Grünbuch ist das Weißbuch bereits das Ergebnis eines politischen Kompromisses und erscheint daher weniger spektakulär. Es enthält dennoch erhebliche Sprengkraft. Die Umsetzung der Vorschläge würde

Grundsätze der nationalen Rechtsordnungen von Grund auf verändern.

➔ Dazu in Heft 20/2008 ausführlich der Beitrag von Weidenbach

### Entscheidungen

#### BGH: Anforderungen an die Bestimmtheit einer „gespaltenen Beitragspflicht“

Mit Urteil vom 3.12.2007 – II ZR 304/06 – hat der BGH entschieden: Den Anforderungen an die Bestimmtheit bzw. Bestimmbarkeit weiterer neben die Einlagepflicht tretender Beitragslasten (sog. „gespaltene Beitragspflicht“) trägt eine Vertragsgestaltung Rechnung, nach der sich aus dem Gesellschaftsvertrag i.V.m. der zugehörigen Beitrittserklärung die maximale Höhe (hier: durch Angabe eines „Netto-Gesamtaufwands“) der den Gesellschafter treffenden Beitragspflicht ergibt (Bestätigung Sen.Urt. vom 5.11.2007 – II ZR 230/06, BB 2008, 235 mit Kommentar Möller).

Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2008-789-1 unter [www.betriebs-berater.de](http://www.betriebs-berater.de)

#### BGH: Zustimmung eines Gesellschafters zu weiteren Beitragspflichten

Der BGH hat mit Beschluss vom 3.12.2007 – II ZR 36/07 – entschieden: Das durch § 707 BGB geschützte mitgliedschaftliche Grundrecht eines Gesellschafters kann nicht berührt sein, wenn er einem Gesellschafterbeschluss zustimmt, der zu im Gesellschaftsvertrag nicht vorgesehenen weiteren Beitragspflichten führt.

Volltext des Beschl.: [// BB-ONLINE](#) BBL2008-789-2 unter [www.betriebs-berater.de](http://www.betriebs-berater.de)

#### BGH: Zur Aufklärungspflicht gegenüber Anlegern

Mit Urteil vom 6.3.2008 – III ZR 298/05 – hat der BGH entschieden, dass auch ein Anleger mit grundlegenden Kenntnissen, der eine „chancenorientierte“ Anlagestrategie verfolgt, im Rahmen

einer Anlageberatung erwarten darf, dass er über die Risiken einer ihm bislang nicht bekannten Anlageform zutreffend unterrichtet wird.

Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2008-789-3 unter [www.betriebs-berater.de](http://www.betriebs-berater.de)

### Gesetzgebung

#### Verbraucherkreditrichtlinie verabschiedet

Der Rat der Europäischen Union für Verkehr, Telekommunikation und Energie hat am 7.4.2008 die neue Verbraucherkreditrichtlinie endgültig gebilligt. Ziel der Richtlinie ist es, den Verbraucherschutz europaweit durch mehr Transparenz zu verbessern. Die neue Richtlinie enthält abschließende Vorgaben für die Gesetzgebung der Mitgliedstaaten (Grundsatz der Vollharmonisierung). *Sauer* hat sich mit der Novellierung der Verbraucherkreditrichtlinie in seinem Editorial in Heft 9/2008 des „Betriebs-Berater“ kritisch auseinandergesetzt.

Die Richtlinie bedarf zu ihrem Inkrafttreten jetzt noch der Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union. Danach ist sie innerhalb von zwei Jahren in das innerstaatliche Recht der Mitgliedstaaten umzusetzen.

(Quelle: PM des BMJ vom 8.4.2008)

#### Neuregelung der Verpackungsentsorgung verkündet

Am 4.4.2008 ist die 5. VerpackV-Novelle verkündet worden. Die Novelle bekämpft das Problem von „Trittbrettfahrern“, die Verpackungen auf den Markt bringen, ohne sich an den Entsorgungskosten zu beteiligen. Zu den Maßnahmen zählen: Teilnahmepflicht an dualen Systemen; Vollständigkeitserklärung (VE); bei Zuwiderhandlungen Geldbußen bis zu 50.000 Euro; vollständige Einsichtnahme der zuständigen Landesbehörde in die elektronische VE-Akte. Am 5.4.2008 ist die VE in Kraft getreten, am 1.1.2009 wird der Rest der Novelle – insbesondere die Pflicht zur Beteiligung an dualen Systemen – folgen.

(Quelle: Newsletter des DIHK vom 3.4.2008)